

# Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der Tschechoslowakischen Republik

Erscheint mit Ausnahme des Montag täglich früh / Einzelpreis 75 Heller

Redaktion u. Verwaltung: Prag XII., Fochova 62 — Telefon 53077 — Herausgeber: Siegfried Taub — Verantwortlicher Redakteur: Karl Kern, Prag

## Aus dem Inhalt:

Aufschub der exekutiven  
Räumung von Wohnungen  
Eingerückter  
Scharfe Kritik an Chamberlain  
Eine Frau in Berlin  
hingerichtet

18. Jahrgang

Mittwoch, 5. Oktober 1938

Nr 234

# Daladier rechtfertigt sich

## Umfangreiche Regierungserklärung in der Kammer

Paris, 4. Oktober. (Tsch. B. B.) Heute vormittags traten nacheinander der Kabinettsrat und hierauf der Ministerrat zusammen, die einmütig die Nachmittags vom Ministerpräsidenten Daladier und dem Stellvertreter des Ministerpräsidenten Chautemps im Senat zu verlesende Regierungserklärung genehmigten. Der Ministerrat genehmigte ferner einmütig einen Gesetzentwurf, durch den die Regierung das Parlament um Erteilung einer außerordentlichen Vollmacht in finanziellen und wirtschaftlichen Angelegenheiten ersucht. Nachmittags um 15 Uhr Pariser Zeit verlasen die Regierungserklärung Daladier in der Kammer und Chautemps im Senat.

### Die Erklärung der französischen Regierung lautet:

„In den Wochen, die wir eben durchlebten, konnte die Welt mit Befremdung fragen, ob sie nicht in einen Krieg hineingerissen werden wird. Heute, da ich komme, über unsere Tätigkeit Rechenschaft abzugeben, kann ich Ihnen sagen, daß wir in dieser Krise den Frieden gerettet haben.

In der letzten Zeit habe ich wenig gesprochen, weil ich viel handeln mußte. Es wurde mir sogar vorgeworfen, daß ich der schweigsamste Mann Frankreichs sei. In diesem Augenblick der kurzen Ruhe, die der Ausgangspunkt zu neuer Tätigkeit sein muß, will ich Ihnen schildern, welches die letzten Ereignisse waren und wie wir ihnen begegneten.

### Das sudetendeutsche Problem

Als unsere Regierung konstituiert wurde, bestand das sudetendeutsche Problem bereits. Nach der Verwirklichung des Anschlusses hat es sich noch viel mehr verschärft. Die tschechoslowakische Regierung kündigte bereits das Nationalitätenstatut an und Genlein formulierte in acht Punkten die Forderungen der Sudetendeutschen.

Das Drama begann. Seit den ersten Tagen bemühten wir uns zu verhindern, daß uns die Ereignisse zu einem unwiderstehlichen Schritt hinführen. Ich habe damals einige Male den Standpunkt meiner Regierung öffentlich festgelegt. Wir waren von zwei gleich starken Gefühlen beherrscht. Von dem Wunsche, nicht zu einer militärischen Aktion gezwungen zu werden und vor dem Willen, niemals dem gegebenen Worte untreu zu werden, wenn sich diese Hoffnung nicht erfüllen sollte.

Ende April schilderten der Außenminister Bonnet und ich der britischen Regierung in London unsere Sorgen, sowie, auf welche Weise wir beabsichtigen, eine Beruhigung in Mitteleuropa zu erzielen. Es war uns eine Beruhigung, als wir feststellen konnten, daß die britische Regierung diesen Problemen gegenüber nicht gleichgültig ist. Gemeinsam sehen wir die Grundlagen der Zusammenarbeit fest. Es handelte sich um nicht darum, mit Taten zu warten, bis wir vor eine vollendete Tatsache gestellt würden und bis es notwendig sein würde, sie durch unser Blut entweder zu unterstützen oder sie in Schande schmerzlich zu extrahieren. Es handelte sich darum, den Ereignissen zuzukommen und zu versuchen, sie zu verhindern. So geschah es, daß wir im Augenblick der Krise am 21. Mai gemeinsam handeln konnten, von der ich hervorheben will, daß sie dank der wirksamen Zusammenarbeit und des guten Friedenswillens aller beteiligten Staaten überstanden wurde.

Die Zeit von Ende Mai bis Beginn September war eine Periode eines gewissen internationalen Waffenstillstandes, doch bereitete ein leidenschaftlicher Währungsprozess in den Sudetengebieten neue Ereignisse vor. Geleitet von freundschaftlichen Gefühlen, rieten wir darum der tschechoslowakischen Regierung, den Sudetendeutschen bedeutende, gerechte und schnelle Zugeständnisse im Rahmen des Staates zu machen. Die Tätigkeit der englischen Regierung entwickelte sich gleichlaufend mit unserer Tätigkeit.

Die Mission Lord Runcimans in Prag erweckte die große Hoffnung, daß sie den direkten Kontakt zwischen den tschechoslowakischen Staatsmännern und den Führern der Sudetendeutschen verwirklicht habe. Es muß jedoch festgestellt werden, daß niemals eine Übereinstimmung zwischen den Vorschlägen der tschechoslowakischen Regierung, die immer weitergehend wurden und den Forderungen der Sudetendeutschen erzielt wurde, die je länger, desto größer wurden.

### Von der Berchtesgadener Zusammenkunft zum Londoner Plan

Anfang September nach der Schlusrede Hitler beim Nürnberger Parteitag und nach der Aussöhnung Genleins, daß er die Verhandlungen mit der Prager Regierung abbreche, erschien die Lage zum ersten Male unwiderstehlich bedroht. Die deutschen Forderungen nahmen gewaltigen Charakter an. In der Nacht vom 13. zum 14. September trat ich in Verhandlungen mit Herrn Neville Chamberlain ein. Ich teilte ihm mit, wie nützlich es wäre, Demarchen und Notizen durch direkte Unterredungen zwischen den verantwortlichen Staatsmännern zu ersetzen. Der englische Premier war der gleichen Anschauung und reiste nach Berchtesgaden. Das, was nach den Berchtesgadener Unterredungen folgte, kennen Sie. In einem offiziellen Buch werden alle Dokumente zusammengefaßt, alle Demarchen verzeichnet und alle Verhandlungen geschildert werden.

In seiner Unterredung mit Hitler konnte Chamberlain die Tragweite der deutschen Forderungen würdigen und abgrenzen. Bereits Sonntag, den 18. September, berichtete er uns über seine Eindrücke und über seine Erkenntnisse. Wir versammelten uns in London, wir erörtern, und wir beugten uns über die Landkarten. Die britische Regierung teilte

und die Ansichten Lord Runcimans mit. Auch ich Ihnen sagen, mit welcher Bewegung wir erfuhrten, daß der britische Beobachter in seiner Seele und seinem Gewissen zu der Anschauung kam, daß ein weiteres Zusammenleben der Tschechen mit den Sudetendeutschen unmöglich ist, während alle unsere Bemühungen darauf beruhten, daß sich die Tschechoslowakei in der Richtung zu einem Föderalismus entwickeln könnte, der ihr ihre territoriale Integrität gewährleistete hätte?

Aber es war notwendig, den tatsächlichen Stand der Dinge zu erkennen. Wir standen vor folgender Alternative: Entweder auf die sudetendeutschen Forderungen mit „nie mehr“ zu antworten, die tschechoslowakische Regierung zu einer unerschütterlichen Unerschütterlichkeit und die deutsche Regierung zu einem Angriff zu treiben und einen bewaffneten Konflikt herbeizuführen, der die raiche Vernichtung der Tschechoslowakei zur Folge gehabt hätte — oder bemüht zu sein, ein Kompromiß zu finden.

Wenn zur ersten Hypothese gegriffen worden wäre, wer könnte behaupten, daß die territoriale Integrität der Tschechoslowakei nach einem schrecklichen Koalitionskriege, wenn auch nach einem siegreichen, erhalten geblieben wäre?

### Die Krise verschärft sich

Als wir London verließen, hatten wir das Gefühl, daß unser Plan in Prag erbitterte Proteste hervorgerufen und daß er in Berlin Zustimmung finden werde. Die tschechoslowakische Regierung hat in ihrer heroischen Ergebenheit für die Sache des Friedens den Plan ange-

(Fortsetzung auf Seite 2)

## Die Option

Von Dr. Egon Schwell

In der ergreifenden Botschaft der Partei, die vom Parteivorstand erlassen wurde, als feststand, daß sich die Tschechoslowakische Republik dem Münchener Diktat fügen muß, wird auf die Verpflichtung der Partei verwiesen, alles zu tun, um jenen Mitteln aufzufahren, die ihre Heimat verloren haben, eine neue Heimat zu schaffen.

Die Fülle der Aufgaben, die dieser Vorfall in sich begründet, ist heute noch unabsehbar. Das Problem wird sicher nicht einheitlich und in einer Richtung gelöst werden können. Für viele unserer Genossen, die das an Deutschland abgetretene Gebiet verlassen müssen, wird eine Lebensmöglichkeit in dem verbleibenden Gebiet der Republik gefunden werden müssen. Andere werden fremde, europäische und außereuropäische Länder als neue Heimat erwählen. Für beide Gruppen ist es aber in gleicher Weise lebenswichtig, daß sie nicht dem Schicksal der Staatenlosigkeit verfallen, daß sie nicht zum Spielball harterziger Grenz- und Polizeibehörden werden, konkret gesprochen: daß sie die tschechoslowakische Staatsbürgerschaft behalten oder wiedererhalten. Der moralische Anspruch unserer, aus der sudetendeutschen Heimat vertriebenen Genossen, weiterhin die tschechoslowakische Staatsbürgerschaft zu behalten, bedarf wohl keiner näheren Begründung. Ist es doch gerade die Anhänglichkeit, Treue und Kampfbereitschaft für die Republik, die sie in Gefahr gebracht und zum Verlassen ihrer Heimat gezwungen haben. Ein Zeuge, der wohl nicht als zugunsten der deutschen Sozialdemokraten vorgetragen werden darf, Fiki Stibrny, schreibt in seinem „Redni list“ vom 2. Oktober: „Ich will nicht verschweigen, daß sowohl die deutschen Sozialdemokraten, als auch die Kommunisten sich in den schwersten Stunden aufhalten haben, vielleicht ist selbst dies ein Ausdruck, der den Tatsachen nicht voll gerecht wird.“ Allerdings fügt er hinzu: „Aber das Hemd ist näher als der Rock.“ In erster Linie muß es um die tschechische Bevölkerung, um unser Blut, gehen.

Es ist also wichtig, von allem Anfang an darauf zu dringen, daß der moralische Anspruch der deutschen Demokraten und Sozialisten, der Tschechen und Juden der an Deutschland fallenden Gebiete, die tschechoslowakische Staatsbürgerschaft zu behalten, auch zu einem Rechtsanspruch werde und die betroffenen Bevölkerungskreise darüber zu belehren, daß sie dieses ihr Recht freigelegt und bezagt ausüben, daß es ihnen durch feindselige Auslegungsfälle und bürokratische Schikanen nicht verweigert werden kann.

Das Münchener Abkommen enthält im Punkt 7 folgende Bestimmung:

„Es wird ein Optionsrecht für den Abtritt in die abgetretenen Gebiete und für den Austritt aus diesen vorgesehen. Die Option muß innerhalb von sechs Monaten vom Zeitpunkt des Abschlusses dieses Abkommens ausgeübt werden. Ein deutsch-tschechoslowakischer Ausschuss wird die Einzelheiten der Option bestimmen. Verfahren zur Erleichterung des Ausflusses der Bevölkerung erwidern und grundfährliche Fragen klären, die sich aus diesem Austausch ergeben.“

Der deutsch-tschechoslowakische Ausschuss, der die Einzelheiten der Option bestimmen soll, ist von der bereits konstituierten internationalen Kommission, die die Modalitäten der Räumung festlegen, die Gebiete, wo abgetreten werden soll, bestimmen und die Grenzen endgültig festsetzen soll, streng zu unterscheiden. Der mit der Regelung der Staatsbürgerschaft betraute Ausschuss wird nur aus Vertretern der tschechoslowakischen und der reichsdeutschen Regierung bestehen. Ich glaube, nicht daran zweifeln zu sollen, daß der deutsch-tschechoslowakische Ausschuss an die Bestimmung des Münchener Paktes in

# Die neue Regierung ernannt

## General Syrový wieder Premier

Prag, 4. Oktober. Der Präsident der Republik hat folgendes Handschreiben erlassen:

Prag, den 4. Oktober 1938.

Herr Vorsitzender der Regierung, ich nehme die Demission der Regierung an und entsetze Sie sowie die übrigen Mitglieder der Regierung vom Amte.

Dr. Bened, m. p. Armeeg.-Gen. Syrový, m. p.

Prag, den 4. Oktober 1938.

Herr General Syrový,

ich erneue Sie zum Vorsitzenden der Regierung und betraue Sie gleichzeitig mit der Leitung des Ministeriums für Nationalverteidigung.

Weiter erneue ich die Herren: a. o. Gesandten und bevollmächtigten Minister Dr. Frantisek Chvalovský zum Minister für auswärtige Angelegenheiten, den Landespräsidenten Jan Cerný zum Minister des Innern, den Sekretionschef Dr. Josef Kalus zum Finanzminister, den ersten Präsidenten des Obersten Gerichtshofes Dr. Vlad. Hajnec zum Justizminister, den Universitätsprofessor Dr. Imrich Karváš zum Industrie-, Handels- und Gewerbe-, den Brigadegeneral Bladimir Rajdos zum Eisenbahnminister, den Divisionsgeneral Karel Husárek zum Minister für öffentliche Arbeiten, den Vorsitzenden der Tschl. Getreidegesellschaft Dr. Lad. Fietera und zum Minister für Landwirtschaft, den Primator Dr. Peter Renti zum Minister für soziale Fürsorge, und die Herren: Vorsitzenden des Wehrschusses der Organisationen für Körpererziehung Dr. Stanislav Bukovský, den ehemaligen Gesandten Ing. Hugo Bavec und Dr. Jan Václavík zu Ministern.

Gleichzeitig betraue ich den Herrn Justizminister Dr. Rajnor mit der Leitung des Ministeriums für die Vereinheitlichung der Gesetze

und der Organisation der Verwaltung, den Herrn Eisenbahnminister General Rajdos mit der Leitung des Ministeriums für Post und Telegraphen, den Herrn Minister für soziale Fürsorge Dr. Renti mit der Leitung des Ministeriums für öffentliches Gesundheitswesen und Körpererziehung und den Herrn Minister Dr. Bukovský mit der provisorischen Leitung des Ministeriums für Schulwesen und Volkskultur.

Dr. Eduard Bened m. p.

Arm.-Gen. Syrový m. p.

Zu der Ernennung der neuen Regierung wird noch amtlich gemeldet, daß außer den beiden slowakischen Ressortministern in den nächsten Tagen noch ein weiterer Minister für die slowakischen Angelegenheiten ernannt werden wird.

### 535:75 für Daladier

Paris, 4. Oktober. Die Kammer sprach der Regierung mit 535 gegen 75 Stimmen das Vertrauen aus. Drei Deputys enthielten sich der Stimme. Für die Regierung stimmten demnach alle Abgeordneten mit Ausnahme der Kommunisten (72 Abgeordnete) und drei weitere Abgeordnete, unter ihnen de Kerillis.

### Vandervelde verläßt die Partei

Paris, 4. Oktober. Die französischen Mäntel bringen eine Nachricht aus Brüssel, derzufolge der bekannte Sozialistenführer Vandervelde seinen Entschluß bekanntgegeben hat, aus der Partei auszutreten, und zwar zum Zeichen des Protestes gegen den neutralen Standpunkt, den die belgische Regierung sowie die belgische sozialdemokratische Partei, deren Mitglied der Vorsitzende der Regierung und Außenminister Spaak ist, in der tschechoslowakischen Frage eingenommen haben.

### Rechtsberatung

Von morgen, Mittwoch, an, werden jeden Mittwoch von 3 bis 4 Uhr nachmittags und an den übrigen Tagen von 9 bis 10 Uhr im Prager Parteisekretariat Rechtsauskünfte erteilt.

Jedem gebunden ist, als er niemanden, der nach dem Münchener Pakt als optionsberechtigter anzusehen ist, vom Optionsrecht ausschließen darf. Die Münchener Bestimmung geht davon aus, daß jene bisherigen tschechoslowakischen Staatsbürger, welche zu dem abgetretenen Gebiet in einer bestimmten näheren Beziehung stehen, durch die Abtretung automatisch die reichsdeutsche Staatsbürgerschaft erwerben, diejenigen tschechoslowakischen Staatsbürger aber, die zu dem der Tschechoslowakischen Republik verbleibenden Gebiet in einer näheren Beziehung stehen, tschechoslowakische Staatsbürger bleiben. Welches diese nähere Beziehung zwischen Person und Gebiet ist, die für die automatische Erwerbung der deutschen Staatsbürgerschaft bzw. für die Beibehaltung der tschechoslowakischen Staatsbürgerschaft bestimmend sein soll, ist im Münchener Abkommen nicht festgelegt. Bei der Aufteilung der Bevölkerung der österreichisch-ungarischen Monarchie auf die Nachfolgerstaaten wurde vor zwei Jahrzehnten das Heimatrecht zur Grundlage genommen. Es wäre denkbar und wünschenswert, daß nicht auf die unmoderne, bloß formale Beziehung zur Heimatgemeinde, sondern auf den Wohnsitz abgestellt wird.

Diejenigen bisherigen tschechoslowakischen Staatsbürger nun, die zu dem abgetretenen Gebiete „gehören“, sollen nun ganz unbeschränkt das Recht haben, die deutsche Staatsbürgerschaft abzulehnen und tschechoslowakische Staatsbürger zu werden bzw. zu bleiben. Umgekehrt soll den zum nicht abgetretenen Gebiet gehörenden Bürgern, in deren Staatsbürgerschaft durch die Abtretung der Gebiete an sich keinerlei Änderung eintritt, die Wahl freistehen, reichsdeutsche Staatsbürger zu werden.

Eine derartige Erklärung, Option genannt, ist ein einseitiger Akt der betreffenden Person. Wenn bei ihr die Voraussetzungen der Option erfüllt sind, erwirbt sie durch die freit- und formgerichte Option ipso facto die gewählte Staatsbürgerschaft. Eine Bescheinigung der Behörde darüber hat nur scheinbar deklarative Bedeutung, d. h. die Behörde erteilt die Staatsbürgerschaft nicht, sondern stellt nur fest, daß die Partei durch ihre Optionserklärung die Staatsbürgerschaft erlangt hat.

Es ist nun notwendig, dafür zu sorgen, daß die Detailvereinbarungen zwischen der Tschechoslowakei und Deutschland sowie deren Durchführung durch innerstaatliche tschechoslowakische und reichsdeutsche Organe nicht nur keinerlei Einschränkung dieses Optionsrechtes einführen, sondern daß darüber hinaus ein wirklich hinreichender Schutz der Freiheit der Option und der Optionanten gewahrt werde. Insbesondere muß bestimmt werden, daß die Optionanten ihre Hab und Gut, von Reichsteuern und dergleichen unbelastet und von wesentlichen Beschränkungen unbeschwert, mitnehmen dürfen. Falls sie zum Verlassen des Gebietes, gegen das sie optiert haben, verhalten werden, soll ihnen eine hinreichende Frist zur Beforgung ihrer Angelegenheiten und die Möglichkeit zur weiteren Wahrnehmung ihrer Interessen gegeben werden.

Die Optionsfrist von sechs Monaten ist ziemlich kurz bemessen, da sie — offenbar auch hinsichtlich des Plebiszitatsgebietes — schon mit dem Abschluß der Münchener Vereinbarung (30. September 1938) zu laufen beginnt. Um so wichtiger ist es, daß die völkerrechtliche und die gesetzliche Detailregelung mit aller Beschleunigung erfolge.

### SdP-„Ordner“ plündern

Brag, 4. Oktober. In den nördlichen und westlichen Randgebieten Böhmens bewahrt die Bevölkerung deutscher Nationalität Ruhe. Nach einer Meldung aus Reicheneberg bereite sich die deutsche Wohnerschaft auf eine Wegführung der deutschen Truppen vor, da sie annehmen, daß diese Truppen bis in die Mitte der Stadt einziehen würden. Die Bevölkerung versammelte sich auf dem Stadtplatz, als aber der Bürgermeister der Bevölkerung erklärte, daß die Zone der Vorrückung nur bis zur Gemeinde Habendorf, einem nördlichen Vorort von Reichenberg, reiche, zerstreute sich die Bevölkerung in Ruhe. In Wies bereitete sich die Bevölkerung ebenfalls auf die Bevollkommnung der reichsdeutschen Truppen vor.

Dagegen kommen aus dem Gebiete in Südwestböhmen, das an jenes Gebiet grenzt, welches von reichsdeutschen Truppen besetzt ist, Meldungen von einer ungeheuren Tätigkeit der irregulären Ordnerabteilungen. So haben in Berge die SdP in Ordnung das Gerüst, die Post und andere Amtsbauten geplündert. Es wurde eine starke Gendarmenabteilung dahin entsendet, ferner Finanzwache und Abteilungen der Staatsverteidigungswache, um die Ordnung wiederherzustellen. Auf ähnliche Weise haben in Reichenberg im Bezirk Schützenhofen Ordner zwei Häuser demoliert. Eines davon gehört dem Trafikanten Majer, an dem die Ordner Nachrichten dafür, daß er zusammen mit dem Bürgermeister des Ortes ein Grundstück für die Finanzverwaltung und für die tschechische Schule verkauft hatte. Die Frau Majers wurde geschlagen und floh mit ihren sechs Kindern in das Versteckhaus von Schützenhofen.

## Die Wirtschaft beruhigt sich

### Baldige Freigabe des Zahlungsverkehrs

Nicht nur in Prag, sondern auch in der Provinz, in den Vorstädten, Sparkassen und Banken ist ein sehr intensiver Rückfluß der Einlagen zu beobachten. Es wird angenommen, daß infolge der Mobilisierungsmassnahmen und des bargeldlosen Transfers über die Bankkonten der Vorrat der im Umlauf befindlichen Zahlungsmittel, die in den Haushalten aufbewahrt wurden, auf drei Milliarden Kč gestiegen ist. Dieses Geld würde in Kürze in Form von Einlagen in den Geldinstituten wieder erscheinen.

Zu dieser Bewegung hat auch die Erkenntnis beigetragen, daß sich das Preisniveau, abgesehen von einigen Maßnahmen, in keiner Weise wesentlich geändert hat und daß auch die tschechoslowakische Währung trotz aller Stöße, denen sie infolge der politischen Ereignisse ausgesetzt war, unerschüttert geblieben ist. Der Kurs der tschechoslowakischen Krone hat sich nirgends im Ausland geändert. Der Goldvorrat der Nationalbank hat sich nicht nur nicht verringert, sondern ist durch den Ankauf von Gold und Devisen bei den Geldinstituten noch gestiegen. Zunehmend wird unserer Wirtschaft die erste Rate auf die englische Anleihe in der Höhe von ungefähr 1 1/2 Milliarden Kč zur Verfügung stehen, was alles nicht nur eine Garantie für die Festigkeit der Währung, sondern auch eine Gewähr dafür ist, daß der Rohstoffbedarf für unsere Produktion

in nächster Zeit vollkommen befriedigt werden wird.

Alle diese Erwägungen wirken wahrscheinlich auf den großen Zufluß von Einlagen ein, der so bedeutend ist, daß wir im Laufe einiger Tage mit einer vollkommenen Freimachung des Zahlungsverkehrs jeder Art, aber auch mit einer großen Belebung des Geldmarktes rechnen können.

Die Versorgungslage unseres Staates ist sehr gut und es besteht keine Gefahr, daß in irgendeinem Zweige ein Mangel eintreten könnte. Die wichtigste Aufgabe ist, die Ernte- und Saatarbeiten zu brenden und die Produktion wiederum in den normalen Gang zurückzubringen. Es kann auch erwartet werden, daß bereits im Laufe weniger Tage die Beziehungen mit dem Ausland und damit auch der Export werden wieder aufgenommen werden.

Bezüglich der Forderungen und Zahlungen zwischen dem abgetretenen Gebiet und unserem Staate ist zu bemerken, daß diese Angelegenheit Gegenstand der Verhandlungen der internationalen Kommission in Berlin ist, und nach den Erfahrungen, die seinerzeit beim Plebiszit und der Heberleitung des Saargebietes gewonnen wurden, ist zu erwarten, daß es in dieser Richtung keine Schwierigkeiten geben wird, um in kurzer Zeit alle diese Verhältnisse im Sinne der rechtlichen und finanziellen Ordnung glatt zu lösen. (CPB.)

## Daladier rechtfertigt sich

(Fortsetzung von Seite 1)

nommen. Aber in Godesberg formulierte Hitler in seiner Unterredung mit Chamberlain und dann in seinem Memorandum in der Gestalt von Durchführungsmodalitäten neue Forderungen. Und so kamen die auf ein Kompromiß gerichteten Verhandlungen, die durch meinen und den Entschluß Chamberlains einen direkten Kontakt mit der deutschen Regierung herzustellen, eingeleitet wurden, in der Nacht vom 23. zum 24. September plötzlich zum Stillstand. Und in den folgenden Tagen wurde Europa in wahnwitziger Weise einem gewaltigen Umbruch entgegengetrieben.

Welches war also die Lage am 24. September, in dem Augenblick, da Neville Chamberlain Godesberg verließ und in London eintraf? Wir schlugen vor, die Tschechoslowakei möge Deutschland das von mehr als 50 Prozent Deutschen bewohnte Gebiet nach den ursprünglichen Modalitäten abtreten und es möge solange gewartet werden, bis eine internationale Kommission die Grenzen festsetzt. Wir organisierten den Austausch der Bevölkerung, wir brachten der neuen Tschechoslowakei eine internationale Garantie.

Was forderte Deutschland? Die unverzügliche Abtretung von Gebieten, die Bildung breiter Plebiszitatszonen, ohne daß es tatsächliche Garantien für die Bevölkerung selbst geboten und ohne daß es der neuen Tschechoslowakei irgendeine internationale Garantie gesichert hätte. Es war möglich zu denken, daß es sich für Deutschland um eine Operation handelte, die alle Anzeichen und Folgen eines Eroberungszuges erhalten sollte, mit Ausnahme der Anwendung von Waffengewalt.

Die Disharmonie zwischen dem Londoner Plan und dem Godesberger Memorandum war also offensichtlich. Sie unterschieden sich gleichzeitig in der Form und in den Grundzügen. Im Laufe dieser Tage voll Beklemmung traten in unserem Lande zwei Strömungen auf. Wir fanden sie beide innerhalb jeder politischen Partei, innerhalb jeder politischen Tendenz und wir können auch sagen, daß sie miteinander je nach der Entwicklung der Ereignisse auch in den Gedanken eines jeden Franzosen rangen. Manche setzen ihre Hoffnungen in Verhandlungen, die übrigen in eine unannahmefähige Festigkeit. Das nicht wieder Gutzumachende, das war ein deutscher Angriff, dieser Angriff hätte nach dem Wortlaut des Vertrages die Hilfeleistung Frankreichs notwendig gemacht. Wir hätten von Ihnen gefordert, die Verpflichtungen Frankreichs zu erfüllen.

In London berieten wir erneut mit der britischen Regierung. Der Chef unseres Generalstabes, General Gamelin, brachte technisch genaue Versicherungen über die Bemühungen mit, die wir aufwendeten, sowie darüber, was wir tun würden, wenn uns die Umstände zusen würden. Engländer und Franzosen, wir waren einig — die einen wie die anderen — entschlossen in unserem gemeinsamen Friedenswillen sowie in unserem gemeinsamen Willen, und einem Angriff entgegenzustellen. Am 26. September abends wurde in einer amtlichen Erklärung an die Presse in London präzisiert, daß Frankreich der Tschechoslowakei zu Hilfe eilen würde, wenn diese von Deutschland angegriffen würde und daß Großbritannien und Sowjetrußland sicher an der Seite Frankreichs stehen würden.

Inzwischen erlöste aus den Vereinigten Staaten von Amerika die große, edle und vernünftige Stimme des Präsidenten Roosevelt zu dem dringenden Appell zu einer friedlichen Regelung der Angelegenheit. Neville Chamberlain richtete in voller Heberstimmung mit uns eine neue Mitteilung an Reichkanzler Hitler.

Am 27. September lehrte Sir Horace Wilson mit der Antwort des Reichkanzlers nach London

zurück. Diese Antwort ließ sehr wenig Platz und Geist zur Beratung. Chamberlain erklärte im Unterhaus, der deutsche Reichkanzler habe den britischen Mittelmann ausdrücklich darauf aufmerksam gemacht, daß er entschlossen sei, bereits am nächsten Tage, d. h. am 28. September um 14 Uhr zu handeln.

#### München

Wir hatten nur einige Stunden vor uns. Die Kundstunde Chamberlains machte die Welt auf den Ernst der Lage aufmerksam. Wir entschlossen uns, die größten Anstrengungen zu entwickeln. Am 28. September um 11.15 Uhr wurde unser Vorkämpfer Francois Poncet von Reichkanzler Hitler empfangen, dem er im Namen der französischen Regierung genaue Vorschläge vorlegte. Reichkanzler Hitler lehnte diese Vorschläge ab, behielt sich jedoch vor, dieselben schriftlich zu beantworten.

Der britische Ministerpräsident schlug seinerseits einen letzten Versuch vor, und zwar in München eine Zusammenkunft der Regierungschefs der vier wichtigsten Großmächte zu bewerkstelligen. Mussolini unterstüzte diesen Vorschlag mit all seiner Macht und mit Erfolg. Er erzielte ein positives Ergebnis, d. h. daß die deutsche Mobilisierung um 24 Stunden verschoben wurde.

Reichkanzler Hitler berief die Staatsmänner sofort nach München. Als ich diese Einladung annahm — so sagte Daladier, — handelte es sich nicht darum, an irgend eine Prozedur zu denken und sich irgendwelche Gegenvorschläge vorzubehalten. Es handelte sich darum, den Frieden zu retten, von dem viele glaubten, daß er schon definitiv vernichtet sei. Ich habe „ja“ gesagt und ich bedaure nichts. Ich hätte es vorgezogen, wenn alle interessierten Staaten hätten anwesend sein können, aber es war notwendig, sehr schnell zu handeln. Der geringste Aufschub hätte schädlich sein können.

Das Münchener Abkommen hat das tschechoslowakische Gebiet allerdings verkleinert, doch kann die Tschechoslowakische Republik ihr freies Leben fortsetzen und wir werden ihr helfen. Nur wenige Staaten haben im Verlaufe der Geschichte so harte Opfer im Interesse des Friedens auf sich genommen. Wir alle gehen unserer großen Verantwortung über die eindrucksvolle Würde und den bewunderungswürdigen Mut Ausdruck, mit denen diese Nation eine so schmerzliche Prüfung ertrug.

#### Frankreich und die Diktaturen

Die Achtung, die unser Vaterland in den letzten Tagen bei allen Völkern, die es umgeben, erweckt, diese Achtung, die auch auf der Erinnerung an die Kämpfe beruht, die uns gegen- oder nebeneinander stellten, diese Achtung, die ein ehemaliger Frontkämpfer einem anderen ehemaligen Frontkämpfer nicht versagen kann, möge die Farbe seiner Uniform während des Krieges welche immer gewesen sein, diese Achtung, die ein gleichzeitig mannhafte und friedliebendes Volk erweckt, sind auch wir verpflichtet, gegenüber jener großen Nation zu fühlen, die unser Nachbar ist, die unser Gegner war und mit der — wie wir hoffen — wir einen dauernden Frieden werden schließen können. Gewiß unterscheiden sich unsere Lebensanschauungen tief von den Lebensanschauungen, die das heutige Deutschland und das heutige Italien hegen. Aber andere Staaten, deren Lebensanschauungen ebenfalls andere sind, leben mit Deutschland in gutem Einvernehmen. Wogegen also die Formen des Regimes, die sich ein Volk gibt, welche immer sein, alle hegen die gleiche Liebe zum Frieden. Worauf es also in der gegenwärtigen Stunde ankommt, ist, alle guten und friedliebenden Willensströmungen in der Welt zu sammeln.

### Innenpolitisches

#### Slowakisches Problem. — Neue Regierung.

Brag. Abgesehen von den Fragen, die die Republik im Zusammenhang mit dem Münchener Abkommen und der neuen Grenzziehung des Staates zu lösen hat, steht im Vordergrund der Innenpolitik das slowakische Problem. Es ist bekannt, daß der gegenwärtige Führer der Slowakischen Volkspartei, Abgeordneter Dr. Tiso, mit dem Präsidenten der Republik verhandelt hat, wobei gewisse Grundfragen einer Einigung zwischen Tschechen und Slowaken gefunden wurden. Das hat auch in einer Rundfunkrede der Führer des radikalen Flügels dieser Partei, Abgeordneter Sidor, zugegeben. Um die Annäherung zwischen der Slowakischen Volkspartei und der Regierung zu dokumentieren, wurde bekanntlich auch ein der Volkspartei angehörender Staatsbeamter zum Minister ernannt. Als nächster Schritt soll an die Errichtung eines eigenen Ministeriums für die Slowakei gedacht sein, was aber nur ein Anfang ist, denn die Konzessionen, die man den Slowaken machen wird, werden viel weitgehender sein. Es ist anzunehmen, daß das Verlangen der Slowaken nach einer gewissen Autonomie im gemeinsamen Staat der Tschechen und Slowaken Erfüllung finden wird.

Gleichzeitig gehen die Verhandlungen zwecks Schaffung einer neuen Regierung vor sich. Die Koalitionsparteien beraten darüber intensiv. Es dürfte heute oder morgen bereits zur Bildung einer neuen Regierung kommen, wobei anzunehmen ist, daß die neue Regierung denselben Vorsitzenden haben wird wie bisher. Allerdings in der Zusammensetzung der Regierung dürften sich größere Veränderungen ergeben. Es wird daran gedacht, an die Spitze der Ressorts solche Männer zu berufen, die instand sind, die in der nächsten Zeit an den Staat herantrappenden großen Probleme zu lösen. An ein rein politisches Kabinett, wie es die Regierung Hodza gewesen ist, wird nicht gedacht. Ob und in welchem Ausmaß die politischen Parteien durch ihre führenden Persönlichkeiten in der Regierung vertreten sein werden, weiß man zur Stunde noch nicht. Durch die Beibehaltung des bisherigen Vorsitzenden der Regierung wird zum Ausdruck gebracht, daß die Verbindung zwischen Armee und Regierung aufrechterhalten bleibt, bzw. daß die Armee als wichtiger Bestandteil der Nation an den Regierungsgeschäften teil hat.

#### Tagung des Ministerrats

Brag, (Tschech. P. B.) Der Ministerrat hielt am 3. Oktober 1938 nachmittags und abends die regelmäßige Sitzung ab und genehmigte die Ergebnisse der Arbeiten der interministeriellen Komitees, die zur augenblicklichen Erledigung der mit den internationalen Veränderungen und den internationalen Verhältnissen zusammenhängenden Fragen errichtet wurden; hierauf setzte er die Direktiven für die weitere Arbeit fest.

Auf dem Gebiete der Verordnungsgebung der Regierung genehmigte der Ministerrat die Verordnung, durch die Rechtsverluste verhindert werden, welche bei den Verfahren vor dem Obersten Verwaltungsgericht und Wahlgericht durch Fristversäumnis Personen, die den Militärdienst ausüben, entstehen könnten; ferner genehmigte er die Verordnung, mit der Auslandsreisen beschränkt werden, und die Verordnung betreffend Ausschub der gesetzlichen Personen, die bei Personen, die den Militärdienst angetreten haben.

Auf dem Gebiete der Personalangelegenheiten wurde beschlossen, daß bis zu weiteren sämtlichen Personalverschiebungen, Ernennungen und Beförderungen von Angestellten der staatlichen Kemter und Betriebe, die das Gebiet der Slowakei betreffen, soweit es sich um die Kompetenz der Zentralämter handelt, nur unter Zustimmung der slowakischen Minister durchgeführt werden, und daß besondere entsprechend strenge Instruktionen für die Agenda aus den untergeordneten Behörden gegeben werden.

Schließlich erledigte der Ministerrat einige laufende Verwaltungs- und Wirtschaftsanträge.

### Tschechische Studenten für deutsche Demokraten

In wahlendem Gegensatz zu einigen tschechischen Blättern, die den deutschen Demokraten dieses Staates jede Lebensmöglichkeit bestreiten wollen, steht die Haltung des Zentralverbandes der tschechischen Studentenschaft, der einen Aufruf an die tschechische Öffentlichkeit verlaubbart, in dem es u. a. heißt:

Wir bürden die mutigen und opferbereiten deutschen Demokraten, die für die Freiheit der tschechoslowakischen Demokratie gekämpft haben, nicht vergessen. In der Zeit, wo wir selbst verraten wurden, muß für uns als höchstes moralisches Gebot gelten: verraten wir nicht die uns nicht verraten haben.

Dieser Aufruf macht den tschechischen Studenten Ehre und ihre Stellungnahme wird ihnen von deutschen freiheitsliebenden Menschen nicht vergessen werden.

# Das Münchener Diktat und die englische Politik

## Scharfe Kritik an Chamberlain

Jeder der Redner, die in der Unterhaus-Debatte das Wort ergriffen, spendete der Haltung der Tschechoslowakei reiche Anerkennung und in jeder Rede lehnte der Satz wieder, daß die Tschechoslowakische Republik schwere Opfer gebracht habe. Dieses Lob der Tschechoslowakei ist ganz sicher ehrlich gemeint, die Bewunderung, die ihr gezollt wurde, ist aufrichtig und jedes Wort der Anerkennung für unseren Staatspräsidenten Doktor Benes so empfunden, wie es gesprochen wurde. Aber es schwang noch ein anderer Ton in all diesen Reden mit: der des Empfindens, daß der Tschechoslowakei ein Unrecht angetan wurde! Und dessen schämt man sich.

Der frühere Außenminister Eden sagte: „Nicht ein einziger von uns würde, wie ich annehme, vorgeben wollen, daß diese Vorschläge (die des Münchener Diktats) gerecht sind!“ Und weiter: „Man muß sich erinnern, daß der Krieg nicht auf unsere Kosten oder auf Kosten einer anderen Großmacht abgewendet wurde, sondern durch die schwere Ungerechtigkeit gegenüber einer kleinen und befreundeten Nation. — Die Tschechoslowakei wurde nicht einmal zur eigenen Verteidigung angeführt!“

Major Attlee, der Führer der Labour Party, erklärte, „er fühle die Erniedrigung, daß war kein Sieg für die Vernunft und Menschlichkeit, sondern das war ein Sieg der Brutalität.“ Die Führer der Labour Party, die die Diktats bedauerten, er hat sich aber niemals zu einer Antwort herabgelassen. Sein Verhalten während der ganzen Zeit zeigte den Unterschied zwischen einem zivilisierten Mann und einem Gangster.“

Selbstverständlich bemühte sich Ministerpräsident Chamberlain, seine Politik nicht nur zu rechtfertigen, sondern auch darzulegen, daß sie die einzig mögliche war. Der Fortschritt der Münchener Beschlüsse gegenüber dem Godesberger Memorandum bestesse darin, daß das Memorandum mit sechs Tagen befristet war, das Münchener Abkommen jedoch zum englisch-französischen Plan zurückkehrte und die Bedingung festsetzte, daß die Durchführung dieses Planes unter der Verantwortung der vier Großmächte und unter internationaler Kontrolle erfolgen solle. Chamberlain fand auch Worte der Verteidigung für Hitler! Das Haus sollte erkennen, wie schwierig es für einen Mann in seiner Stellung war, jene nachdrückliche Erklärung zu widerrufen, die er abgegeben hatte, und das Haus sollte anerkennen, daß der Reichszugler, indem er einwilligte, mit den Vertretern der anderen Mächte über Angelegenheiten, über die er bereits entschieden hatte, zu verhandeln, einen wirksamen und gewichtigen Beitrag für die Erhaltung des Friedens geleistet hat.

Hitler wird sicher bereit sein, noch mehrmals solche Beiträge für die Erhaltung des Friedens zu leisten. Das Rezept ist einfach: er „entscheidet“ und wenn seine Entscheidung die Welt in einen Krieg zu stürzen droht und England und Frankreich ihn beschwören, zu verhandeln, dann gibt er sich mit 99 Prozent seiner Forderungen zufrieden und rettet damit den Frieden!

Aber daran, daß der jetzt gerettete Friede ein dauernder ist, glaubt auch in England niemand. Chamberlain selber ließ seine Rede in die Warnung ausklingen, niemand möge glauben, daß nach Unterzeichnung des Münchener Abkommens die Durchführung des großen A u f r i e g e s v e r z a m m e l t werden könne! Eden forderte größtmögliche Beschleunigung der Rüstung. Und aus diesem ersten Hinweis auf die Notwendigkeit des weiteren und sehr raschen Rüstens kann man schließen, daß eine der Ursachen der Politik Chamberlains die Befürchtung ist, England sei für eine große kriegerische Auseinandersetzung doch nicht gerüstet genug.

Alle oppositionellen Redner wiesen darauf hin, daß Deutschland seinen großen Erfolg durch Bluff und Prahlerei und Erpressung erzielte (Duff Cooper), und immer wieder wurde festgestellt, daß die Münchener Beschlüsse das Prestige Englands und der Demokratie schwer schädigten. Attlee stellte unter dem stürmischen Beifall der Opposition fest: „In den letzten Wochen erlitten Frankreich und England die größte politische Niederlage, die sie je betroffen hat.“ Und er fragte: Was würde der Premierminister sagen, wenn Hitler jetzt Kolonien verlangte? Angenommen, er würde nur Belgisch-Kongo oder Holländisch-Sumatra verlangen — welches wäre die Stellungnahme Großbritanniens?

Der oppositionelle Liberale Sinclair sagte, die Politik Chamberlains bedeute schändliche Konzeptionen und sei eine Politik, auf welche niemals ein dauernder Friede begründet werden könne. — Der Labour-Abgeordnete Professor Hugh Dalton meinte, nach Anschauung vieler wurde der Ministerpräsident allzusehr erniedrigt, erschreckt und von Hitler überlistet. „Mitteleuropa ist fertig, und wir werden nicht lange zu warten brauchen, bis Hitler dem Britischen Reich und der übrigen Welt diktiert wird.“

Das Gefühl, daß Hitlers Münchener Erfolg nicht der erste durch Drohung, Bluff, Ueberra-

sung erzielte, aber der erste den Großmächten des Westens gegenüber auf solche Art erzielte, ihn erzt nicht ruhen lassen wird, daß er den Weg der Gewaltandrohung weiter beschreiten wird — und eines Tages wird es sich um unmittelbare Interessen Frankreichs oder Englands handeln! Auf diese Befürchtungen gingen, obwohl sicherlich auch sie nicht von ihnen frei sind, weder Chamberlain noch der Schlußredner Sir Samuel Hoare ein. Hoare verteidigte Chamberlains Politik wieder mit dem Hinweis darauf, daß man, wenn England mit Ultimaten gearbeitet hätte, Europa in einen Weltkrieg verwickelt hätte. Aber eben dadurch, daß man vor der Gewalt einfach zurückwich, vor der Drohung der Gewaltanwendung, hat man Hitler geradezu ermutigt, an dieser Politik die sich für ihn bewährt hat, festzuhalten. Hoare tröstete das Haus schließlich mit der Versicherung, die Garantien, die er im Sinne habe, würden bedeutend wirksamer sein als die in französisch-tschechoslowakischen oder im russisch-tschechoslowakischen Vertrag enthaltenen. Sie

würden die neue Republik so sicher gestalten, wie es die Schweiz durch so zahlreiche Generationen war.

Zu bemerken werden kann, daß die Schweiz sich sicher gefühlt hat nur solange, als in der Welt Verträge eine Geltung hatten. Neht verläßt sich auch die Schweiz eher auf ihre Befestigungen und auf ihr Militär. Denn daß ihr irgend jemand im Falle eines Angriffes zu Hilfe eilen würde, glaubt sie bestimmt nicht.

## Die englische Anleihe — 30 Millionen Pfund

Alle Reden im Unterhaus konnten an den harten Tatsachen nichts mehr ändern. Wertvoll für die Tschechoslowakei war jener Teil der Rede Chamberlains, der von der Gewährung einer größeren Anleihe an die Tschechoslowakei sprach. Der Premierminister teilte mit, daß die tschechoslowakische Regierung durch ihren Londoner Gesandten das Gefuchen gestellt habe, ihr unter Garantie der britischen Regierung eine Anleihe von 30 Millionen Pfund zu gewähren. Die britische Regierung habe der tschechoslowakischen mitteilen lassen, daß sie bereit sei, sofort einen Vorschuß von zehn Millionen Pfund einzurichten. — Die englische Anleihe wird der Tschechoslowakei wenigstens die größten Schwierigkeiten des durch die Abtretungen notwendig gewordenen staatlichen Umbaus erleichtern.

# Deutschland und Jugoslawien

## Wirtschaftlich-politische Durchdringung

Der deutsche Wirtschaftsminister Dr. Funk ist nach dreitägigem Aufenthalt in Belgrad nach Ankara weitergereist. In Belgrad war er sofort nach den Münchener Beschlüssen eingetroffen. Sein Besuch in Jugoslawien hängt unmittelbar mit diesem großen Erfolg der deutschen Politik zusammen. Er kam, wie er erklärte, nach Belgrad, um die Beziehungen zwischen Deutschland und Jugoslawien zu konsolidieren, und zwar auch die politischen Beziehungen, denn er sagte: „Rein Besuch in Jugoslawien hatte keinen politischen Charakter, aber ich muß betonen, daß die Wirtschaftspolitik von der allgemeinen Politik nicht getrennt werden kann und darf.“ — Die wirtschaftlichen Pläne Deutschlands werden in der Kundgebung des Reichsministers Fund angedeutet, demzufolge ein wirtschaftlich konsolidiertes Jugoslawien auf der Weiterentwicklung der Beziehungen zwischen

Jugoslawien und Deutschland basiert, welches Jugoslawien alles liefern kann, was es braucht. Deshalb bietet Deutschland Jugoslawien ein langfristiges wirtschaftliches Abkommen an, das die Preise, ferner die Möglichkeit der Verbesserung der Produktion, eine Verbesserung der Wirtschaftsführung, eine Erweiterung des Straßenwesens und eine systematische Erhöhung der mineralischen Produktion verlangt. Dr. Funk teilte führenden Politikern mit, daß Deutschland in dieser Richtung Jugoslawien Hilfe gewähren könne, damit der Lebensstandard seiner Bewohner sich erhöhe. — Also eine wirtschaftliche und damit politische Abhängigkeit Jugoslawiens, wie man sie noch vor vierzehn Tagen nicht für möglich gehalten hätte — und damit ein neuer gewaltiger Schritt auf dem Wege zur tatsächlichen Beherrschung ganz Südosteuropas durch Deutschland!

## Eine Proklamation der tschechischen Sozialdemokratie

Das Präsidium der tschechoslowakischen sozialdemokratischen Arbeiterpartei beschloß am Dienstag eine Proklamation, in der es u. a. heißt:

Wir sprechen zu Euch in den tragischsten Tagen der Tschechoslowakischen Republik. Deutsche Truppen rücken in unser Gebiet ein, um es dem Deutschen Reich anzugliedern. Es geschieht dies ohne Kampf, da die vier Weltgroßmächte Großbritannien, Frankreich, Deutschland und Italien uns dazu in ultimativer Form gezwungen haben. Wir hatten zwischen zwei Dingen zu wählen: Entweder in einen Krieg einzutreten oder uns unterzuordnen. Der Krieg hätte einen Kampf mit drei unserer Nachbarn ohne Unterstützung der Großmächte des Westens bedeutet, der wahrscheinlich mit einer Vernichtung unseres Volkes geendet hätte. Wir haben uns mit unausprechlichem Leid im Herzen, aber auch mit dem Bewußtsein gefügt, daß unser Volk auch auf dem verstückelten Gebiete seine Freiheit erhalten und sich seinen Weg in die Welt bahnen wird. Daß wir nicht fallen werden, daß wir leben und durch unsere Arbeit siegen werden.

An uns liegt es nun, an den Arbeitern, Bauern, privaten und öffentlichen Beamten, an den Kreisen der Volkswirtschaftler, Industriellen und Finanzleuten, um im gemeinsamen Streben gemäß den neuen Verhältnissen einzurichten, alle unfruchtbaren Ausgaben zu beschränken, sparsam zu wirtschaften und wirtschaftlich gesunde Verhältnisse zu schaffen, als es die bisherigen waren. Am werktätigen Volke liegt es nun, bei diesem Umbau nicht beiseite zu stehen, seine Interessen zu wahren und dabei mit größter Umsicht und Energie vorzugehen.

Die deutschen Truppen besetzen das gemischte Gebiet nach einem Plane, der auf der Münchener Konferenz der vier Großmächte festgesetzt wurde. Hier sind äußerste Anstrengungen notwendig, damit alle, die der Tschechoslowakischen Republik treu sind, bei den Hunderttausenden von Familienverbänden, die sich dort abgespielt haben, jede Fürsorge und jeder Schutz zuteil wird.

## Polnische Lügen

Prag, 4. Oktober. Das Polnische Pressebüro verbreitete heute die Nachricht, daß sich in der Tschechoslowakei die tschechoslowakische sozialdemokratische Arbeiterpartei und die kommunistische Partei zusammenschließen und so die stärkste demokratische Gruppe im tschechoslowakischen Parlament bilden werden. Das Präsidium der tschechoslowakischen sozialdemokratischen Arbeiterpartei erklärte, daß diese Nachricht in keiner Hinsicht auf Wahrheit beruhe.

## Die Wiener Tschechen

Wien, 4. Oktober. Die kürzlich in Haft genommenen Wiener Tschechoslowaken wurden gestern wieder freigelassen und haben sich größtenteils nach der Tschechoslowakei begeben.

## Ausschreitungen gegen tschechoslowakische Verbindungsoffiziere

Prag, 4. Oktober. (Tsch. B.-S.) Die tschechoslowakischen Verbindungsoffiziere, die gestern mit dem Auto dienstlich zu Verhandlungen mit den Funktionären der reichsdeutschen Armee nach Eger fuhren, wurden bei der Ankunft beim Egerer Flugplatz von einer bewaffneten starken Bande von Zivilisten, die ungefähr 50 Mann zählte, entworfen, aller ihrer Sachen beraubt und nach Eger verschleppt. Auf die zweisprachig ausgestellte Vollmacht wurde keine Rücksicht genommen. Erst nach der Abreise des Reichslanzlers Hitler aus Eger wurden sie in das ehemalige Polizeiamt gebracht, wo ihnen einige Sachen zurückgestellt wurden. Erst gegen 16.30 Uhr kamen zwei deutsche Generäle, auf deren Befehl hin den tschechoslowakischen Verbindungsoffizieren die Waffen zurückerstattet wurden. Die tschechoslowakischen Offiziere fuhren hierauf nach Marienbad, von wo sie nach Abschluß der Verhandlungen durch reichsdeutsche Fahrzeuge in die Gemeinde Ober-Gratling gebracht wurden. Am 23 Uhr trafen sie im Stift Tepl ein.

## Kein Plebiszit in Brünn

Brünn, 3. Oktober. (Tsch. B.-S.) In Brünn verbreiten verdächtige Personen Gerüchte, wonach in Brünn ein Plebiszit durchgeführt werden oder daß Brünn ohne Abstimmung als Korridor an Deutschland fallen soll. Wir ersuchen die Bevölkerung, unverzüglich jeden der Polizei bekanntzugeben, der ähnliche Erfindungen verbreitet.

## Seestadt bleibt bei der Tschechoslowakei?

„A-Zet“ meldet, daß das Seestädter Elektrizitätswerk, das fast ganz Prag mit Strom versorgt, entgegen den bisherigen Befürchtungen nicht Deutschland zugeteilt werden wird, sondern ins Plebiszitgebiet fällt. Es wird angenommen, daß das Seestädter Werk als für die Tschechoslowakei unentbehrlich im Besitze der Republik bleiben und daß es Prag auch weiterhin mit Strom versorgen wird.

## Die Arbeitspflicht in der Landwirtschaft

Das Landwirtschaftsministerium macht erneut nachdrücklich auf die Notwendigkeit aufmerksam, sich in den heutigen außergewöhnlichen Zeiten mit allen Mitteln Arbeitskräfte für die landwirtschaftliche Bearbeitung der Grundstücke, sowie für die Kartoffel- und Rübenzucht zu sichern, damit für die Zukunft die Ernährung der Armee und Zivilbevölkerung gesichert ist. Dem Staatsverteidigungsgesetz zufolge obliegt diese Fürsorge vor allem den Gemeinden. Die landwirtschaftlichen Arbeiter sind verpflichtet, auf ihrem Posten zu verbleiben und soweit sie sich selbstherrlich entfernen, ist sie verpflichtet, so schnell als möglich an ihre Arbeitsstelle zurückzukehren. Der Bahntransport für die Arbeiterchaft für die landwirtschaftlichen Berufsarbeiter erfolgt auf Befähigung des Bezirksarbeitsamtes kostenlos. Landwirtschaftlichen Betrieben und Gemeinden, in denen Mangel an Arbeitskräften herrscht, weist im Sinne des Staatsverteidigungsgesetzes eine allgemeine Verteilungspflicht ebenso wie die Wehrpflicht.

Wenn allerdings jemand, ohne nach dem Staatsverteidigungsgesetz davon befreit zu sein, sich weigern sollte, bei den dringenden landwirtschaftlichen Arbeiten auszuheilen, so wird der Betreffende dazu nach dem Gesetz gehalten werden.

## Zwei Hinrichtungen in Berlin

Berlin, 4. Oktober. (DNV.) Der am 24. Juni 1938 vom Volksgerichtshof wegen Landesverrat zum Tode und dauernden Ehrverlust verurteilte Ludwig Maringer aus Bonn ist heute früh hingerichtet worden. Der Verurteilte hat seit Jahren Spionageaufträge angenommen und ausgeführt. In den letzten Jahren ist Maringer für den Nachrichtendienst einer ausländischen Macht tätig gewesen. Durch seine wegen den Wiederaufbau der deutschen Landesverteidigung, insbesondere einen Rüstungsbetrieb gerichtete Auspähungstätigkeit hat Maringer den Schutz von Volk und Reich aufs schwerste gefährdet. Ferner ist heute früh die am 19. Juli 1938 wegen Landesverrates vom Volksgerichtshof zum Tode und zu dauerndem Ehrverlust verurteilte 30jährige Ehefrau Katharina Kuep aus dem Saarland hingerichtet worden.

## Demobillierung der englischen Flotte

London, 4. Oktober. (Havas.) Die Breh Association erfährt, wurde für die während der Krise einberufenen Marinereservisten der Abrüstungsbefehl erteilt, u. zw. sollen diese Reservisten womöglich noch im Laufe dieser Woche aus dem Dienst entlassen werden. Sie werden jedoch angewiesen werden, sich auch weiterhin bereit zu halten, um einer neuen Einberufung Folge zu leisten. Die Breh Association in diesem Zusammenhang betont, darf diese Maßnahme jedoch nicht als eine vollständige Demobillierung der englischen Flotte angesehen werden.

